

Politische Rundschau.

Vom Kriegsschauplatz.

* In Südafrika holen nach den letzten großen Ereignissen Freund und Feind Atem. Die Boeren bereiten sich inzwischen vor, die Zugänge zu Transvaal, die von Natur schon schwierig sind, noch zu befestigen. Die Anzeichen dafür mehren sich, daß die Boeren in ihrem Verzweiflungskampfe entschlossen sind, die Goldstadt Johannesburg lieber vom Erdboden zu vertilgen, als sie dem Feinde preiszugeben. Die Ingenieure der Bergbau-Abteilung der Transvaal-Regierung arbeiteten an einem Plane der Zerstörung der Goldbergwerke mittels Dynamits.

* Die Friedensverhandlungen müssen vorläufig als gescheitert gelten. Die Times schreiben prognostisch an, daß sie die Annehmlichkeiten der Annehmlichkeiten der Regierungskreise vertreten. „Unbedingte Unterwerfung verleiht die einzigen Bedingungen, die vernünftigen Ausblick auf die künftige Ruhe Südafrikas gewähren. Falls die Herren Krüger und Steyn gemillt sind, sich in diese Bedingungen zu schicken, haben sie das einfach mitzuteilen und die Waffen niederzulegen.“

* General Roberts hat eine wichtige Aenderung in den Plänen des Generals Buller herbeigeführt. General Warren, dessen Division sich bereits eingeschifft hatte, um nach Kapstadt abzugehen, ist Mittwoch zur Front zurückgekehrt. Seine Truppen wurden zurückbeordert, schiffen sich infolgedessen wieder aus und sind nun im Begriff, sich mit Bullers Truppen wieder zu vereinigen zugleich mit 1000 Mann Verstärkung, die von Kapstadt gekommen waren.

* Einen zweiten Vorstoß gegen den Orange-Freistaat hat Lord Methuen von Kimberley aus unternommen. Von dort entsandte Truppen haben den etwa 40 Kilometer nordöstlich im Orange-Freistaat gelegenen Ort Boshof besetzt und dort eine bedeutende Menge Waffen und Munition erbeutet.

* In der Kapkolonie haben die Aufständischen Josburg besetzt und sich von Bantrysbai zurückgezogen, nachdem sie alle brauchbaren Maultiere und Pferde requiriert hatten.

Deutschland.

* Der Kaiser beschäftigte am Freitag vormittag in Begleitung des Prinzen Heinrich den Kreuzer „Deutschland“, wozu ein photographisches Gruppenbild aufgenommen wurde. Am Nachmittag trat der Monarch die Rückreise nach Berlin an; die Ankunft erfolgte abends 8 Uhr.

* Der jüngste Sohn des Prinzen Heinrich hat in der Taufe am Donnerstag den Namen Heinrich Viktor Ludwig Friedrich erhalten.

* Der Oberpräsident von Pommern, der frühere Staatsminister v. Puttkamer, ist am 15. d. in Karzin gestorben. Er ist nahezu 72 Jahre alt geworden und vertrat stets die Grundsätze des altpreussischen Konservatismus, 1879 wurde er als Nachfolger Falks preussischer Kultusminister (1880 Einführung der Puttkamerschen Rechtschreibung) und übernahm 1881 das Ministerium des Innern. Kurz nach dem Regierungsantritt Kaiser Friedrichs wurde er seines Amtes enthoben. Der jetzige Kaiser ernannte ihn drei Jahre später zum Oberpräsidenten von Pommern.

* In Apia, der Hauptstadt der Samoa-Inseln, ist am 1. März feierlich und in Gegenwart der beiden Hauptlinge Mataafa und Tamasese die deutsche Flagge gehißt worden. Damit hat das Reich den Besitz der Inseln auch der Form nach angetreten. Dr. Solz ist der neue Gouverneur von Samoa. Das Oberrecht, der Gemeinderat, die Gemeindeväter und die Konsulargerichte haben zu bestehen aufgehört. Die Eingeborenen verhalten sich sämtlich ruhig.

* Ob und wann eine Reichsanleihe begeben werden soll, war in der Budgetkommission am Donnerstag Gegenstand einer An-

frage seitens des Abg. Richter. Derselbe erachtete eine Klärung darüber um so notwendiger, als anscheinend die Erwartung einer neuen Reichsanleihe zu dem Kursturzgang der Konjunktur beitrage. Der Reichsschatzsekretär erklärte, daß jedenfalls vor dem Sommer eine Reichsanleihe nicht zur Begebung gelangen werde. Ob alsdann die Begebung einer Reichsanleihe erforderlich sein werde, lasse sich gegenwärtig noch nicht übersehen.

* Eine Reichstagskommission hat soeben einen liberalen Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts angenommen, ferner den Beschluß gefaßt, die Negierungen zu ersuchen, für eine Vertretung der Arbeiterschaft, sei es im Anschluß an die Gewerbegerichte oder sonstwie zu sorgen, damit die Arbeiter in den Stand gesetzt werden, mit den Unternehmern und der Regierung durch Ständegenossen, die ihre Verträge besitzen, zu verhandeln und ihre eigenen Angelegenheiten zu wahren.

Die Kanalvorlage, die in den letzten Wochen ins Hintertreffen gekommen ist, wird demnächst wieder das allgemeine Interesse auf sich lenken. Wie nach einer Korrespondenz verlautet, wird die neue Vorlage, deren Gesamtkostenanschlag sich auf 420 Mill. Mk. beziffert, schon in den nächsten Tagen dem preuss. Abgeordnetenhaus zugehen. Da die baldige Fertigstellung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin eine Lebensfrage der ersten Hafenstadt Preußens bildet, sei die Frage erwohnen worden, ob es sich empfehle, den Bau dieses Wasserweges getrennt von der Gesamtvorlage zu behandeln.

Oesterreich-Ungarn.

* Der sozialpolitische Ausschuss des Wiener Abgeordnetenhauses nahm nach längerer Debatte den Gesetzentwurf eines Unterarbeitsgesetzes an, welches als normale Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage höchstens neun Stunden, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, festsetzt. Der Normal-Arbeitszeit soll am 1. Januar 1901 in Kraft treten, in besonders zu berücksichtigenden Fällen erst am 1. Januar 1902. In dringenden Ausnahmefällen sollen Ueberstunden zulässig sein. Die Entscheidung hierüber steht einer ausländigen Kommission zu, welche aus Vertretern der Staatsbehörde, der Bergbau-Unternehmer und der Arbeiter besteht.

Frankreich.

* Präsident Loubet weihte am Donnerstag ein Graisen-Hospiz in Issy ein. In der Eröffnungsrede hob der Präsident lobend das Gefühl der Zusammengehörigkeit hervor, welches in Frankreich so viele Werke erstehen ließ, auf die man mit Recht stolz sein könne. Seit mehr als 25 Jahren bemühe sich die Republik, die soziale Verbrüderung durch eine Reihe von Gesetzen zu verwirklichen, die fortschreitend vervollständigt werden müsse. Der soziale Friede werde endgültig erreicht werden, wenn alle Bürger in aufrichtiger Einigkeit für das Wohl und den Fortschritt der Menschheit bestrebt seien. (Schöne Redensarten!)

England.

* Das Unterhaus hat die dritte Lesung der Kriegsanleihe-Bill mit 172 gegen 23 Stimmen angenommen.

Amerika.

* Als Gegenmaßregel gegen das Fleisch-einfuhrverbot hat nach der „Köln. Ztg.“ das Staatsdepartement in Washington beschlossen, dem Kongress eine Vorlage zu machen, durch die die Regierung ermächtigt wird, die Schiffe derjenigen Staaten, die gegen Amerika eine wirtschaftlich unfreundliche Stellung einnehmen, mit einer Zusatzsteuer zu belegen. Dieser Beschluß ist auf der Annahme begründet, daß die Bestimmungen der deutschen Fleischschau-Kommission ganz oder teilweise Gesetz werden könnten.

* Die monarchistische Verschwörung in Brasilien scheint erster und gefährlicher zu sein, als die offiziellen Mitteilungen der Republik sie hinstellen. Die Verschwörung hat sich des wichtigsten Faktors, des Heeres, bemächtigt. Die Regierung teilt den Gouverneuren durch Zirkular mit, daß eine monarchistische

Verschwörung unter den Offizieren des Heeres entdeckt worden sei. Die Verschwörer hätten beabsichtigt, die Regierung zu stürzen und dann eine Volksabstimmung herbeizuführen. (Die Mißwirtschaft der republikanischen Oligarchen hat im Volke und besonders im Heere den monarchischen Gedanken zu neuem Aufleben entfacht.)

Asien.

* Die Reformpartei in China ist in der letzten Zeit so stark angewachsen, daß darob in Peking große Befürchtung herrscht. Wie aus Hongkong berichtet wird, haben die fremdenfeindlichen Maßnahmen der Kaiserin-Witwe, die zuletzt in dem Verbot, Handel mit den Ausländern zu treiben, gipfelten, jetzt auch die chinesischen Handelskreise in das Lager der Opposition getrieben. Der Leiter der Reformbewegung, Kang-Yu-Wei, ist unermüdet an der Arbeit und soll sich erboten haben, 40 000 Mann ins Feld zu stellen, wenn der günstige Moment gekommen ist, um die Kaiserin-Witwe zu stürzen. Die Kaiserin-Witwe hat einen Appell an die Soldaten und Offiziere erlassen, in dem sie dieselben auffordert, ihrer Pflicht gegen den Thron treu zu bleiben. Die Zahl der Verhaftungen nimmt täglich zu.

Aus dem Reichstage.

Der Kampf um die lex Heinze wurde am Donnerstag noch nicht beendet; er führte an diesem Tage zu Tumulten, wie sie das deutsche Parlament bisher noch nicht erlebt hat und ist mit der durch Obstruktion der Linken herbeigeführten Beschlußunfähigkeit. Die Sozialdemokratie führte v. Vollmar ins Feld, um die sog. Theaterparagrafen zu bekämpfen. Ihm sekundierten Dr. Müller-Meinungen (fr. W.) und Dr. Deinhardt (not.-lib.), während Gröber (Zentr.), Stodmann (freikons.) und Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) den Standpunkt der durch Kompromiß ergänzten Vorlage vertraten. Nachdem die Reichsparteien einen Schlußantrag eingebracht, wurde von der linken Seite zum dritten Mal ein Verlegungsantrag gestellt. Bei der Abstimmung darüber zeigte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, so daß die Beratung vertagt werden mußte.

Die dritte Beratung der sogenannten lex Heinze wird am Freitag fortgesetzt. Es liegt zugleich wieder ein Schlußantrag von Seiten der Abgg. Graf Hompesch (Zentr.) und Genossen vor.

Abg. Singer (soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Schlußantrag.

Dieser Antrag Singer findet ausreichende Unterstützung, da außer den Sozialdemokraten auch die sämtlichen Freisinnigen für denselben stimmen. Der Schlußantrag wird mit 96 gegen 92 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmen außer den Freisinnigen und Sozialdemokraten auch die Polen, der Antifemist Bindewald und der Däne Johannsen. — Zur Geschäftsordnung erklären die Abgg. Schönland und Thiele-Halle (soz.) Träger und Bargmann (fr. W.), daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten worden sei.

Abg. Bindewald (Antif.) schließt sich dieser Konfiskation an und behauptet besonders, daß es ihm, als dem einzigen in den Reichstag gewählten Künstler, unmöglich gemacht worden sei, seinen von der Mehrheit auf der Rechten durchaus abweichenden Standpunkt darzulegen.

Abg. Dr. Dertel-Sachsen (kons.) bemerkt, auch ihm sei das Wort abgeschnitten worden, er schließt sich aber dem Vordränger nicht an, habe auch den Abg. Schönland nicht beauftragt, in seinem Namen mitzuzusprechen.

Es folgen persönliche Bemerkungen, in denen die Redner verschiedentlich auf die sachliche Diskussion zurückgreifen, jedoch sei vom Präsidenten wiederholt daran erinnert worden müssen, daß das in persönlichen Bemerkungen unzulässig ist.

In der Abstimmung wird zunächst § 18 mit großer Mehrheit in der Fassung der Kompromißanträge Graf Bernstorff u. Gen. angenommen.

Gesetz § 184 in einfacher Abstimmung. Es lag zwar ein Antrag Fischer u. Gen. (fr. W.) auf namentliche Abstimmung zu dem § 184 a vor; dieser Antrag wird aber vom Präsidenten dahingehend abgeändert, daß er zunächst den Kompromißantrag zur Abstimmung bringt und nach dessen Annahme erklärt, damit sei der § 184 a der Beschluß der zweiten Lesung erledigt, mithin auch der Antrag Fischer hinfällig.

Um bei § 184 b das gleiche Schicksal zu vermeiden, beantragt hier

Abg. Singer (soz.) die namentliche Abstimmung nicht nur über den § 184 b selbst, sondern auch über alle dazu vorliegenden Anträge.

In der namentlichen Abstimmung wird darauf

der Kompromißantrag Graf Bernstorff und Genossen mit 166 gegen 124 Stimmen angenommen.

Es folgt die Beratung des § 184c, welcher lautet: Mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer aus Geschäftsverhandlungen, für welche wegen Gefährdung der Staatlichkeit die Offenlegung ausgeschlossen war, oder aus den diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mitteilungen macht, welche geeignet sind, Mergernis zu erzeugen.

Abg. Stadthagen (soz.) wird von dem Hause mit lauten Rufen des Unwillens begrüßt. Während er mit einem vollen Paket Material, die Rednertribüne besetzt, verlassen die Mitglieder fast sämtlich den Saal. Der Anfang der Ausführung des Redners geht in dem Lärm vollkommen verloren, dann fährt derselbe Beispiele an um zu zeigen, wie gefährlich eine solche Bestimmung werden könne. Er bitte deshalb um Ablehnung dieses Paragraphen, wie auch des ganzen Gesetzes.

Abg. Heine (soz.) bittet vor allem aus dem Grunde um Ablehnung des Paragraphen, weil es ganz in das Ermessen des Richters oder Gerichtshofes gelegt sei, wenn die Offenlegung ausgeschlossen werden solle.

Geheimrat v. Lenthe verweist darauf, daß es sich bei dieser Bestimmung gar nicht um eine Aenderung handle, sondern daß eine inhaltlich gleiche Vorschrift bereits seit 1880 bestehe.

Darauf wird die Diskussion gegen die Stimmen der Freisinnigen, einer Anzahl Nationalliberalen und der Sozialdemokraten geschlossen.

In namentlicher Abstimmung wird darauf § 184 c mit 196 gegen 73 Stimmen angenommen.

Zur Beratung steht nunmehr ein Antrag des Abg. Heine (soz.), hinter 184 c einen neuen § 184 d einzufügen, der auspricht, daß die Bestimmungen der §§ 184, 184 a und 184 b keine Anwendung auf künstlerische Produktionen und Darstellungen finden sollen.

Abg. Gröber (Zentr.) hält diesen Antrag nicht für zulässig, da er eine bereits behandelte und somit feststehende Materie betreffe.

Abg. Singer (soz.) bestreitet das. Sollte jedoch das Haus den Anträgen des Abg. Gröber beitreten, so bringe er, damit dies rechtzeitig erfolge, hiermit den weiteren Antrag ein: in einem neuen Antrage 184e auszusprechen, daß die §§ 184, 184a und 184b erst am 1. Januar 1920 in Kraft treten sollen.

Abg. Richter hält beide Anträge für geschäftsordnungsmäßig zulässig. Auch beim Zolltarif sei bezüglich des flächenspezifischen eine besondere Freibeitimmung erst in dritter Lesung eingefügt worden.

Abg. Singer beantragt namentliche Abstimmung über die Frage, ob der Antrag zulässig ist oder nicht.

Abg. Richter findet es sonderbar, daß die Mehrheit von der Minderheit verlange, daß sie ihr beihilflich sei zur beschleunigten Verabschiedung des Gesetzes in einer Zeit, in der keineswegs der Sessionsklus zu befürchten sei. Das Zentrum selbst habe ja oft genug von den Mitteln Gebrauch gemacht.

Abg. Graf Limburg-Sittum (kons.) tritt den Ausführungen des Abg. Gröber bei.

Abg. Singer bestreitet nochmals, daß der Antrag gegen die Geschäftsordnung verstoße. Hier handle es sich in jedem Falle um einen rechtzeitig eingebrachten Antrag.

Präs. Graf Ballestrem stellt fest, daß gestern neun Redner gesprochen haben, davon seien fünf Gegner und nur vier Freunde des Gesetzes. Von einer Beschränkung der Redefreiheit könne also keine Rede sein.

Abg. Richter findet es sonderbar, daß wegen einer Anzahl von Herren, die nur selten anwesend seien, und die heute abend abreisen wollen, diese wichtige Vorlage überhört werden solle.

Abg. Gröber stellt fest, daß er keine Beschränkung der Redefreiheit beabsichtige. Es solle nur verhütet werden, daß eine geschlossene Diskussion wieder aufgenommen werde.

In namentlicher Abstimmung entscheidet das Haus darauf mit 155 gegen 105 Stimmen, daß der Antrag Heine (§ 184 d) geschäftsordnungsmäßig unzulässig sei.

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Ballestrem wird hierauf die Weiterberatung vertagt.

Preussischer Landtag.

Am Donnerstag wurden im Abgeordnetenhaus bei Weiterberatung des Kultussetzes das Kapitel „Medizinal-“ und „Bauwesen“ erörtert. In einer Ueberblickung hand das Kapitel „Technische Hochschulen“ zur Verhandlung.

Im Abgeordnetenhaus stand am Freitag in Weiterberatung des Kultussetzes das Kapitel „Wasserbauverwaltung“ auf der Tagesordnung. Dabei wurde auch die „Kanalfrage“ gestreift und Minister Thiele erklärte, die Lage der Kanalvorlage sei eine durchaus günstige; sie werde jedoch erst in einiger Zeit dem Hause zugehen.

Die Tochter des Grubenbesizers.

5] Roman von Jos von Neuf.

(Fortsetzung.)

„Bleibt mein guter Nachbar.“ hat Gretchen, getreue Nachbarn und desgleichen gehören zu den guten Dingen, die in der Bibel stehen.“

„Nein! Nun, ja doch — meinestwegen,“ gab Hansen lustig Bescheid. „s bleibt aber doch so wie's ist, ein festes Wesen.“

Die junge Frau stand gegen ihre Gewohnheit noch eine Weile nachdenklich still, dann löschte sie die Lampe aus und begab sich zur Ruhe. Zu jeder Seite lag eins der Kleinen.

5.

Fräulein Irene war einer Einladung der jungen Baronin gefolgt und auf einige Tage nach Büttrichhausen gegangen. Der Kommerzienrat hatte diesmal dem Kleinen Reiseplan schnell zugestimmt. Augencheinlich war ihm die Reimantourmacherei nicht nach Sinne. „Leugne nur nicht, daß du den Better Reimantour gern als Schwiegerohn sehen würdest!“ hatte er eines Tages lächelnd zu der Gattin gesagt, als er Kousin und Kousine bei einander sehr vergnüglich in der Laube sitzen sah. „Nun, liebe Elisabeth!“

„Allerdings!“

„Wahrhaftig, der Sohn des Mars läßt sich schon als Gattinweib gebrauchen!“ setzte er fast erschrocken hinzu, als Irene eine Strähne buntes Wolfgarn zwischen den ausgespannten Armen von Better Wolf abwickelte. „Herkules am Spinnroden.“

„Wäre es dir so unerwünscht, wenn die beiden ein Paar würden?“ forschte die Kommerzienrätin.

„Unverwünscht jedenfalls. Schon die nahe Verwandtschaft —“

„Ist das der Grund? Allein?“

„Wenigstens ein Hauptgrund. Wenn es auch noch keineswegs feststeht, daß die Nachkommenschaft aus Verwandtenehen degenerieren muß, so bleibt doch immerhin solche Veranlassung! Und dann braucht Irene einen andern, festern, ganzen Mann. Sie würde nicht zu voller Entwicklung kommen an seiner Seite, es sei denn durch Schicksalschläge, vor denen man sie doch bewahren sehen möchte. Ich ahne, daß es ein Stieblingewunsch von dir ist, daß deine Tochter deinen einseitigen Namen trägt.“ schloß der Gatte mit eigenwilligem Schelm. „Schlag es dir aus dem Sinn, Elisabeth, um deines Kindes willen.“

„Du irrst! Ich bin überzeugt, daß Irene an Wolfs Seite sehr glücklich sein würde,“ meinte die Gattin verlegt. „Seine Stellung, sein Adel, seine Liebenswürdigkeit würden ihr den Weg ebnen!“

„In die Welt, in die Gesellschaft — allerdings. Ob aber damit zum Glück! . . . Da wir indessen unser liebes Kind niemals zur Wahl eines Gatten bestimmen werden, müssen wir die Sache der Zukunft anheimgeben.“ schloß der Kommerzienrat klug die Unterredung. „Irene mag ihre Wahl selbst treffen!“ . . . Und bald darauf war Irene nach Büttrichhausen gegangen.

Der Aufenthalt daselbst bot mancherlei Annehmlichkeit. Baron Büttrichhausen verstand

es vortrefflich, der liebenswürdige Wirt seines komfortablen Hauses zu sein, und in seiner Gattin hatte Irene von Anfang an einen angenehmen Umgang gefunden. Aber das junge Mädchen war kläglich genug, um halb mancherlei zu bemerken, was ihr mißfiel. Die Ehe der beiden schien mehr aus Leidenschaft als aus inniger Zuneigung der Herzen geschlossen zu sein. Der Baron entzogen bei näherer Bekanntschaft nicht dem Wilde, welches die junge Erbin im Herzen getragen hatte, und das Gefühl, sich getraut zu haben, nach langer Wahl, machte die junge Frau bitter, schroff und herb. Dazu waren die Neigungen des Barons sehr kostspieliger Natur, und drohten in wirkliche Verschwendung auszuarten. Um sich die Mittel zu einem opulenten Leben zu verschaffen, hatte er sich bei verschiedenen industriellen Unternehmungen der Umgegend beteiligt — leider ohne ausreichende Urteilskraft über deren Rentabilität zu besitzen. Sein hauptsächlichstes Streben ging aber dahin, auf dem väterlichen Erbe gleichfalls die schwarzen Diamanten zu finden, wie mancher seiner Nachbarn. Leider hatten aber die kostspieligsten und umständlichsten Nachforschungen bis jetzt nur ein negatives Resultat ergeben. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß Irene die Rückkehr ins Elternhaus nicht über die anfangs bestimmte Zeit hinaus schob.

Das Lieblingskind des Herbstes, der Oktober war gekommen. Der Tag war von wunderbarer, klarer Schönheit, so daß er der Baronin Lust machte, ihren nach Hause zurückkehrenden Gast eine Strecke Weges zu begleiten.

Von der jungen Frau selbst gelenkt, rollte das leichte, elegante Fuhrwerk rasch auf der Chauffee dahin. Die Entfernung von Büttrichhausen bis Bilia Irene betrug kaum zwei kurze Meilen und ward fast im Fluge zurückgelegt. Dennoch war Sonnenuntergang herbeigekommen, als man die Höhe erreicht hatte, von welcher eine vom Kommerzienrat Illenhausen selbst angelegte Chauffee nach seinem Stabliement hinabfuhrte.

„Ich möchte hier aussteigen und durch das Gehölz gehen,“ sagte Irene, „nur ein kurzer Bienenweg trennt es von dem Park. Auf diese Weise bin ich schon in zwanzig Minuten zu Hause. Darf ich Sie bitten anzuhalten?“

Frau von Büttrichhausen wollte Einspruch erheben, da das Gepäc aber bereits am Morgen vorausgeschickt war, und der Rückweg noch ziemlich weit, ließ sie den Diener absteigen und den Wagen schlag öffnen. Der Abschied war kurz, aber herzlich.

Irene wählte nun einen Richtweg durch das Gehölz, der in eine Seitenforst des Parks mündete. Die Brust hob sich wie befreit, sie war glücklich, wieder zu Hause zu sein. Der Wald selbst hatte inzwischen bunteste Toilette gemacht, neben dem ewig grünen Nadel der Tanne hob sich das rötliche Laub der Buche energisch hervor, und daneben stand mit gelb gefärbtem Blätterwerk die Heidebirke. Dazu sandte die Sonne lang gezogene, feurige Strahlen durch das Dächtig und überhöhtete den Moosboden mit grüngoldigen Lichtern. Unwillkürlich blieb das junge Mädchen wie verzaubert stehen, dann löste sich das überströmende